Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Salzburger Behindertengesetz 1981 und das Salzburger Kinder- und Jugendhilfegesetz geändert werden

Zahl: 20031-SOZ/1204/159-2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir geben zum Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Salzburger Behindertengesetz 1981 geändert wird, folgende Stellungnahme ab:

Einleitende Vorbemerkungen:


Das derzeitige Gesetz stammt aus dem Jahr 1981 und ist aufgrund geänderter wirtschaftlicher und sozialer Rahmenbedingungen nicht mehr in der Lage, soziale Risiken und Bedarfe für Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen adäquat abzusichern.


Wir haben bereits bei der Novelle 2016 kritisiert, dass gerade das Modell der Persönlichen Assistenz bereits seit Jahrzehnten erprobt ist und bereits damals anstatt weiterer Pilotprojekte eine gesetzliche Verankerung mit Rechtsanspruch als notwendig erachtet. Es ist daher unverständlich, warum man 3 Jahre später wiederum keine gesetzlichen Grundlagen für einen Rechtsanspruch auf Leistungen der persönlichen Assistenz schafft.


Eine Unterschreitung des kollektivvertraglichen Entgelts stellt eine Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen dar und ist dort, wo mit den Beschäftigten Dienstverträge geschlossen werden, zudem nicht rechtskonform. Diese Regelung widerspricht der Forderung nach sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen. Die Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt darf nicht einer kurzzeitigen Finanzlogik zum Opfer fallen,
indem sich das Land kurzfristig Lohnzahlungen und
Sozialversicherungsbeiträge spart, mit zunehmendem Alter jedoch mangels
eigenständiger Pensionsansprüche höhere Mindestsicherungs-, Sozialhilfe- und
Pflegekosten für die öffentliche Hand anfallen.

Die Einführung von stabilen, dauerhaften und sozialversicherungspflichtigen
Beschäftigungsverhältnissen für Menschen mit Behinderung würde
durchgehende Erwerbsbiographien, eine selbstständige finanzielle
Lebensführung (abgekoppelt von Angehörigenunterstützungen oder
Sozialhilfeleistungen), einen eigenen Krankenversicherungsanspruch sowie
eigene Pensionsversicherungsansprüche bedeuten.

Erst dann könnte eine ökonomische Barrierefreiheit mit einer
gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben im Sinne der UN-
Behindertenrechtskonvention erreicht werden.

4. Ausbau von selbstständigen Wohnformen mit unterschiedlichen Assistenz-
und Betreuungsformen: Hier geht es darum, das Wohnangebot für Menschen
mit Behinderungen zu de-institutionalisieren und eigenständige private
Wohnformen zu schaffen, die klein strukturiert und gemeindenah sind.

Dies bedeutet Individualität, Wahlfreiheit, Privatsphäre und
Selbstbestimmung. Menschen mit Behinderungen sollten nicht als
„BewohnerInnen“ gesehen werden, sondern als eigenständige
Persönlichkeiten, selbständig und gleichberechtigt, auch mit Unterstützung
durch persönliche Assistenz und ambulante Betreuung, am gesellschaftlichen
Leben teilnehmen können.

5. Verankerung des Grundsatzes „ambulanter vor stationärer Hilfe“ sowie
Schaffung von entsprechenden Mitgestaltungsmöglichkeiten für Betroffene:
Gerade die Etablierung von ambulanten Unterstützungs- und
Betreuungsformen geht einher mit der Schaffung von selbstständigen
Wohnformen. Künftig sollte die Betreuung nicht mehr in stationären
Einrichtungen erfolgen, sondern die Betreuung direkt zu den Menschen in
ihren eigenen privaten Wohnverhältnissen kommen.

6. Mitbestimmung funktioniert nur, wenn die Perspektive der Betroffenen gehört
und ernst genommen wird. Menschen mit Behinderungen müssen daher als
ExpertInnen und Experten in eigener Sache wahrgenommen und
miteinbezogen werden. Der Handlungsspielraum des Inklusionsbeirates ist
daher weiterzuentwickeln. Dieser hat derzeit lediglich eine Beratungsfunktion
bzw. Stellungnahmемöglichkeit an die Landesregierung.

Die im aktuellen Gesetzesentwurf vorgesehenen Änderungen sind unseres Erachtens ein zu kleiner Schritt und im Ergebnis viel zu wenig. Bereits vor Jahren wurde der Prozess für ein neues Gesetz eingeleitet und hat zahlreiche konkrete Forderungen hervorgebracht, die sich in der aktuellen Novelle nicht bzw. nur sehr eingeschränkt wiederfinden. Von den oben angeführten Forderungen an ein neues inklusives Gesetz findet sich im vorliegenden Entwurf kaum etwas wieder. Wir fordern daher die umgehende gesamthafte Neugestaltung des Salzburger Behindertengesetzes.

Zu den einzelnen Paragraphen des Gesetzesentwurfes:

Zum Titel des Gesetzes


Ad § 10


In Abs 2 wird der bisherige Begriff „Taschengeld“ durch einen moderneren Begriff „zur Abdeckung persönlicher Bedürfnisse ein Geldbetrag...“ ersetzt. Dies ändert nichts an der Tatsache, dass die Ausbezahlung dieses Betrages in geringer Höhe abzulehnen ist und endlich jene Überlegungen angestellt werden müssen, wie Menschen mit Behinderungen in das reguläre Sozialversicherungssystem eingebunden werden können.
Ad § 17 Abs 2 Z 1


Es ist nicht zu rechtfertigen, dass diese Menschen im Ergebnis schlechter gestellt werden, als jene, die ihre Pension oder Ähnliches von vorne herein zugesprochen bekommen und nicht prozessieren müssen. Menschen, die eine Nachzahlung bekommen, könnten dann in einem höheren Ausmaß zum Kostenbeitrag herangezogen werden.


Ad § 17 Abs 2 Z 2

In diesem Zusammenhang möchten wir auf unsere Kritik an der Eingliederungshilfe-Kostenbeitragsverordnung hinweisen: Familien mit Kindern mit einer Behinderung sehen sich oftmals mit erheblichen behinderungsbedingten finanziellen Belastungen konfrontiert.
Die derzeit geltende Kostenbeitragsverordnung verschärft die finanzielle Lage besonders, weil Abwesenheitszeiten, in denen die Pflege von den Eltern erbracht wird, nicht ausreichend berücksichtigt werden. Es ist aber so, dass die meisten Eltern ihre Kinder, vor allem wenn diese noch jünger sind, am Wochenende zu Hause betreuen und pflegen. Für viele Familien bedeutet die Kostenbeitragsregelung deshalb eine erhebliche finanzielle Belastung.


Ad § 18 Abs 1


Ad § 18b

Wir begrüßen, dass künftig die betroffene Person auf eigenen Wunsch mit einer Vertrauensperson an der Teambesprechung teilnehmen darf. Das haben wir in unserer Stellungnahme zur letzten Novelle angeregt. Zusätzlich muss verankert werden, dass die betroffene Person jedenfalls zu hören ist, auch wenn sie nicht an der Teambesprechung teilnehmen möchte.

Angesichts eines einstimmigen Landtagsbeschlusses aus dem Jahr 2011 für die Vorlage eines neuen Gesetzes und bereits vorliegender Ergebnisse aus Vorarbeiten zum Gesetzesvorschlagsprozess ist es nicht nachvollziehbar, warum die durch die Unterzeichnung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen entsprechenden Vorgaben immer noch nicht umgesetzt wurden.

Freundliche Grüße

Mag. Cornelia Schmidjell
AK-Direktor-Stellvertreterin

Peter Eder
AK-Präsident